

Boppard will keine Fusion

Stadtrat FWG scheitert mit Antrag zur Aufnahme von Verhandlungen mit Nachbarn

Von unserem Redakteur
Wolfgang Wendling

■ **Boppard.** Die Stadt Boppard wird sich in nächster Zeit nicht mit einem eigenen Gremium unter Beteiligung der Ortsbezirke und der Bürger mit der Gebietsreform befassen und auch nicht der Frage nachgehen, ob eine Umwandlung der Einheitsgemeinde in eine Verbandsgemeinde nicht sinnvoller wäre. Der entsprechende Antrag der FWG (wir berichteten) fand keine Mehrheit im Stadtrat.

Die gut 20 anwesenden Bürger verfolgten eine zunächst recht hitzige Debatte. Bürgermeister Walter Bersch fühlte sich persönlich beleidigt durch die Bemerkung in der schriftlichen Antragsbegründung der FWG, die Ortsbezirke würden seitens der Verwaltungsspitze bewusst gegeneinander ausgespielt. Für diese böswillige Behauptung, die völlig an den Haaren herbeigezogen sei, erwarte er eine Entschuldigung, sagte Bersch.

Es wurde auch in der Sache diskutiert. „Wer sich nicht verändert, der wird verändert.“ Mit diesem Sinnspruch begründete Jürgen Schneider die Einschätzung der FWG-Fraktion, dass es für Boppard dringenden Handlungsbedarf gebe, um auf die anstehende Änderung der politischen Landschaft am

Mittelrhein vorbereitet zu sein. Deshalb beantragte die FWG, dass ein Gremium, bestehend aus dem Bürgermeister und Mitgliedern des Stadtrates, kurzfristig Fusions-Gespräche mit den Verbandsgemeinden Rhens und St. Goar-Oberwesel aufnimmt. Sobald die Gespräche geführt sind, haben nach FWG-Vorstellung die Ortsbeiräte das Wort. Danach wird in einer Bürgerbefragung das Votum des

Stadtrates vorbereitet und „fundierte abgesichert“. „Mit unserem Antrag wollen wir die Fäden in der Hand halten. Boppard muss wissen, was es will“, sagte Schneider und ergänzte: „Ein Hin zur Verbandsgemeinde eröffnet Boppard die Möglichkeit, weitere Partner am Mittelrhein zu finden.“

Für Bürgermeister Walter Bersch und die Fraktionen von SPD und BfB gibt es zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keinen Grund für Fusionsgespräche – weder in Richtung Norden noch nach Süden. „Solange die drei ausstehenden Gutachten noch nicht vorliegen, kann man

nicht verhandeln“, sagte Bersch. Hintergrund: Von den vier vom Land in Auftrag gegebenen Gutachten – analysiert werden Fusionen jeweils von Stadt und VG Boppard sowohl mit Rhens als auch mit St. Goar-Oberwesel – liegt nur das Gutachten zu einer Fusion der Stadt Boppard mit der VG Rhens zu einer neuen Verbandsgemeinde vor. Über den Prüfbericht Fusion Stadt Boppard mit VG St. Goar-Oberwesel gibt es erste Ergebnisse. Bersch nannte als Fazit, dass Boppard im Falle einer Fusion mit Rhens 25 Jahre lang 533 000 Euro im Jahr mitbringen muss, mit St. Goar-Oberwesel sogar 886 000 Euro. Da Rhens auf keinen Fall den Kreis Mayen-Koblenz verlassen wolle, gäbe es bei einer Fusion nur die Möglichkeit, dass Boppard in den Nachbarkreis wechselt. Zwar meint Bersch, dass die Mehrheit der Bopparder dazu bereit wäre. Aber: „Der Rhein-Hunsrück-Kreis ist ohne die Stadt Boppard nicht vorstellbar“, so der Bürgermeister. Für eine Umwandlung der Einheitsgemeinde in eine VG ohne Fusionsabsichten gibt es laut Bersch keine gesetzliche Grundlage.

Während Ludwig Höffling, Wolfgang Spitz (beide CDU) und Klaus Brager (Grüne) kundtaten, dass es jetzt nur darum gehe, mit den Nachbarn ins Gespräch zu kommen, machte Jürgen Mohr (BfB) deutlich, dass Boppard in der glücklichen Lage sei, gar nicht fusionieren zu müssen (weiterer Bericht zu diesem Thema folgt).

Kommentar

Ratsmehrheit ohne Mehrheit

Auch eine knappe Mehrheit ist eine Mehrheit. Nach diesem Prinzip wurden in unserer parlamentarischen Demokratie schon viele weitreichende Entscheidungen getroffen. Auf kommunaler Ebene sind knappe Entscheidungen eher selten. In den Gemeinden und Verbandsgemeinden legen vor allem die Bürgermeister großen Wert auf einstimmige Voten. Und tatsächlich: Kampfabstimmungen sind äußerst selten. Meistens einigen sich die Fraktionen bereits im Vorfeld. Anders in Boppard. Dort gibt



Wolfgang Wendling
zur Bopparder
Stadtratssitzung

es bei den wesentlichen Themen klare Trennlinien. Ob Römertherme oder Haushalt – 17 zu 16 lautet die knappe Mehrheit für CDU, Grüne und FWG gegen SPD, BfB und Bürgermeister. Am Montag wurde dieses Schema durchbrochen. Peter Kreiser von den Grünen hat es gewagt, sich beim Thema Gebietsreform zu enthalten. Damit

hat er an diesem Abend die Mehrheit der Mehrheitsfraktionen verhindert. Irgendwann musste es ja dazu kommen. Dem Bopparder Stadtrat gehören schließlich keine Blockparteien an.